

## **Europäische Polizeikongress 2016**

### **„Polizei 4.0. Lokaler Tatort - globale Ursache. Terrorismus - Cyber - Organisierte Kriminalität“**

Unter diesem Motto fand Ende Februar im Berliner Congress Center der diesjährige „Europäische Polizeikongress“ statt. Eröffnet wurde die Informationsplattform für Entscheidungsträger der Polizei- und Sicherheitsbehörden durch Kanzleramtsminister Peter Altmaier, der sich in seiner Begrüßungsrede, in der es unter anderem um die Flüchtlingsdebatte innerhalb Europas ging, positiv über die Arbeit der deutschen Polizeibehörden äußerte.

Das auch für die Koordinierung der Nachrichtendienste zuständige Kabinettsmitglied stellte außerdem klar: „Wir sind entschlossen, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen.“ Peter Altmaier bekundete vor den rund 1.600 Besucherinnen und Besuchern sein Verständnis dafür, dass Nachrichtendienste durch das Parlamentarische Kontrollgremium und durch Untersuchungsausschüsse überprüft werden müssten. Er forderte aber auch Unterstützung für die Polizei: „Wir müssen uns auch hinter unsere Polizei stellen. Wir müssen auch den Mut haben und öffentlich sagen, dass wir unsere Innere Sicherheit nur gewährleisten können, wenn unsere Nachrichtendienste funktionieren und wenn sie mit anderen Nachrichtendiensten in Europa und weltweit zusammenarbeiten, um Nachrichten auszutauschen. Die Polizei kann nicht 365 Tage im Jahr Personen überwachen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.“

#### *Digitalisierung - Herausforderungen für die Polizei*

Außerdem sprach sich Peter Altmaier für eine bessere Vernetzung der einzelnen Behörden aus. Er ist ebenfalls der Ansicht, man sollte Mautdaten künftig dafür nutzen, um Straftaten aufzuklären. Auch in der organisierten Kriminalität stelle man fest, dass die Täter im Deliktfeld Cybercrime immer professioneller, internationaler und vernetzter agieren.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder, plädierte für eine stärkere nationale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit aller Sicherheitseinrichtungen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die staatlichen Stellen in Deutschland und Europa seien gezwungen, schnell und effektiv Antworten auf die Bedrohungen zu geben.

Pierre Reuland, Sonderbeauftragter von Interpol bei der Europäischen Union, zeigte drei große Trends auf, die Interpol zunehmend Sorge bereiten: Cybercrime als Service, also Schadsoftware, darüber hinaus Banktrojaner und schließlich das Darknet. „In diesem nur über Passwörter und spezielle Software zugänglichen Bereich des Internets wird alles angeboten, was im freien Internet verboten ist, wie beispielsweise Drogen, Waffen und Fälschungen“, erklärte Pierre Reuland. Zur Bekämpfung forderte er mehr Cyber-Expertise bei den Polizeibehörden und mehr rechtliche Leitlinien. So müsse es ähnlich wie im Autoverkehr auch im Internet möglich sein, zu regeln, stillzulegen und zu bestrafen.

#### *Ausländerkriminalität, internationaler Terrorismus und organisierte Kriminalität*

Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen berichtete über Gefahren, die eine irreguläre Migration für die Innere Sicherheit in Deutschland bergen könne. Er geht davon aus, dass man sich hierzulande daran gewöhnen müsse, dass auch die Bundesrepublik dauerhaft im Fokus des islamistischen Terrorismus stehe. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr stellen für ihn die 260

Rückkehrer aus Kampfgebieten in Syrien dar, von denen mindestens 70 über Kampferfahrung verfügen.

Die Ereignisse von Köln sowie die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus haben die Sicherheitslage in Deutschland massiv verändert. Es häufen sich die Stimmen, die eine bessere Zusammenarbeit der Behörden, insbesondere von Polizei und Nachrichtendiensten, verlangen. Dabei wird eine Lockerung des Trennungsgebotes ins Spiel gebracht. Zudem wird immer deutlicher, dass die Polizeien in Deutschland an ihre personellen Kapazitätsgrenzen stoßen oder diese zum Teil bereits überschritten haben. In Diskussionsrunden widmeten sich zahlreiche ehemalige und aktuelle Innenminister der Länder vor allem den Fragen, welche Gefahren in Zukunft aus dem islamistischen Spektrum drohen, wie auf den anhalten Flüchtlingsstrom reagiert werden soll und wie noch effektiver gegen Formen der organisierten Kriminalität vorgegangen werden kann.

### Internationale Plattform und Fachprogramme

Die größte internationale Fachkonferenz für Innere Sicherheit in Europa bildete wieder einen wichtigen Treffpunkt politischer und polizeilicher Entscheidungsträger aus Bund und Ländern sowie aus benachbarten Staaten innerhalb und außerhalb der EU. Für die FHÖV NRW nahm Präsident Reinhard Mokros an der Berliner Konferenz teil und pflegte beziehungsweise förderte Kontakte auf den Führungsebenen der europäischen Polizeien.

Im Rahmen des Hauptprogramms mit internationaler Prominenz aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft fand auch die diesjährige Verleihung des „Zukunftspreises Polizeiarbeit 2016“ für exzellente wissenschaftliche Arbeiten statt. Nachdem bereits zwei Bachelorarbeiten der FHÖV NRW (2014 mit dem 1. Preis und 2015 mit dem 2. Preis) ausgezeichneten worden sind, gingen in diesem Jahr zwei von FHÖV-Absolventen eingereichte Bachelorarbeiten, trotz großartig erbrachter Leistungen, leider leer aus. Sie wurden nicht durch die hochkarätig besetzte Jury ausgezeichnet.

In einem der für internationale Experten durchgeführten Fachprogramme („Entwicklung der Verkehrssicherheitstechnik - Konsequenzen für die Polizei“) fand Peter Schlanstein, Lehrender am Studienort Münster, Gelegenheit, Rechtsprobleme und vorhandene Lösungsmöglichkeiten der „Auswertung von Kfz-Daten“ vorzutragen, die insbesondere bei der polizeilichen Verkehrsunfallaufnahme zunehmend an Bedeutung gewinnen, obwohl die „geheime“ Speicherung und Abrufbarkeit von Daten - in jeweils 50 bis 80 in jedem handelsüblichen Pkw verbauten Steuergeräten - den meisten Autofahrern bis heute gar nicht bewusst ist.

Peter Schlanstein  
FHÖV NRW, Abteilung Münster